



Das FDP-Führungstrio (von links): Präsidentin Petra Gössi, Aussenminister Ignazio Cassis und Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann.

ALEXANDRA WEY/KEYSTONE

Bundesplatz



Tagelang war die Schweiz beschäftigt mit der Affäre um die Doppeladler-Jubelgesten in der Fussball-Nati von **Xherdan Shaqiri**, **Granit Xhaka** und **Stephan Lichtsteiner**. Vögel spielen auch in der Schweizer Politik eine Rolle. Eine unumstritten positiv besetzte allerdings, wie zumindest das Beispiel der Schleiereule beweist. Bundespräsident **Alain Berset** und seine Gattin **Muriel Zeender Berset** entführten das Diplomatische Korps für dessen jährlichen Ausflug auf einen Bauernhof in Bösing (FR), weil dieser Schleiereulen eine Heimat bietet. Schleiereulen werden besonders von der internationalen Diplomatie geschätzt, erklärte Ornithologie-Professor **Alexandre Roulin** von der Universität Lausanne den Botschaftern und dem ebenfalls anwesenden Aussenminister **Ignazio Cassis**. Schleiereulen stehen im Zentrum eines Projekts der Wissenschaftsdiplomatie im Nahen Osten, das sich «Barn Owls Know no Boundaries» nennt, oder «Schleiereulen kennen keine Grenzen». Ziel des Projekts ist es, den Wissenschaftsdialog im Nahen Osten zwischen Israelis und Palästinensern zu stärken. Im Fussball hat die Fifa den Adlerjubiläum gebüsst. Als Kontrapunkt dazu müsste die UNO das Schleiereulen-Projekt eigentlich prämiieren.

Der FDP-Ständerat **Andrea Caroni** ist selten um ein Wort verlegen. Und er weiss sich zu verteidigen, wie ein Leserbrief in der aktuellen Ausgabe von «Wir Eltern» zeigt. Darin beklagt er sich über die Aussage eines Zürcher Zivilstandsbeamten. Dieser hatte im Monatsgespräch des Magazins gesagt: «Man darf seinem Kind keinen Gegenstandsnamen geben und sein Mädchen beispielsweise nicht Roland taufen. Andrea für einen Buben hingegen gilt heute als normaler italienischer Name.» Ständerat Caroni, der sich selber als «leidgeprüfter männlicher Andrea» bezeichnet, sieht es anders: «Andrea ist seit je ein Männername.» Das Wort stamme aus dem Griechischen und bedeute «der Männliche». «Damit ist Andreas/Andrea der männlichste aller Vornamen.» Gut, dass auch das geklärt wäre.

HEIRATSSTRAFE

Die CVP geht vor Bundesgericht

Über eine Wiederholung der Abstimmung über die Initiative der CVP für die Abschaffung der Heiratsstrafe wird das Bundesgericht entscheiden. Die CVP zieht ihre Beschwerde nach der Ablehnung in vier Kantonen ans höchste Gericht weiter. Die CVP will mit der Beschwerde erreichen, dass über ihre Initiative mit dem Titel «Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe» erneut abgestimmt wird. Das Volksbegehren wurde 2016 mit 50,8 Prozent abgelehnt. Die CVP macht dazu geltend, der Bundesrat habe vor der Abstimmung eine falsche und deutlich zu tiefe Zahl der von der Heiratsstrafe betroffenen Paare angegeben. Der Bund hatte diesen Fehler Mitte Juni einräumen müssen. Die CVP reichte deshalb in acht Kantonen eine Abstimmungsbeschwerde ein. Solothurn, Bern, Wallis und Basel-Land wiesen die Beschwerden inzwischen ab. Diese vier Kantone erklärten sich für das Anliegen nicht zuständig, für die CVP am Freitag schrieb. Überraschend sei dies nicht. Weil sie sich an den gesetzlich vorgeschriebenen Weg halten wollte, reichte sie ihre Beschwerde in den Kantonen ein. Einen direkten Gang nach «Lausanne» sieht das Gesetz nicht vor. (SDA)

FDP-Bundesräte geraten mit den SP-Kollegen in den Clinch

Der Streit um die flankierenden Massnahmen führt zu Attacken zwischen FDP- und SP-Zentralen

VON OTHMAR VON MATT

Eigentlich wäre die Ausgangslage erfolgsversprechend. Die Wirtschaft will das institutionelle Rahmenabkommen. Das zeigt eine Umfrage, die GfS Bern im Auftrag von Economiesuisse gemacht hat. 80 Prozent der befragten Geschäftsleitungsmitglieder von 975 Unternehmen sagen Ja zum Abkommen. Höher ist die Zustimmung nur noch für die Zusammenarbeit auf der Basis der bisherigen Bilateralen. Einen Alleingang der Schweiz können sich hingegen nur 10 Prozent vorstellen.

Trotzdem liegen die Nerven blank, seit Aussenminister Ignazio Cassis auf Radio SRF sagte, die Schweiz und die EU müssten bei den flankierenden Massnahmen «kreative Wege» finden, um das Rahmenabkommen abzuschliessen. Der parteipolitische Konflikt, der schon länger zwischen FDP und SP schwelt, ist vollends entfacht. Auch auf Bundesrats-Ebene.

Kritik und Konter

«Die SP wird nie einen Abbau des Lohnschutzes unterstützen», sagt SP-Fraktionschef Roger Nordmann. «Da gibt es keine Chance. Nur eine Lösung, mit der die Gewerkschaften einverstanden sind, kann vor dem Volk Erfolg haben.» Nordmann bezeichnet Cassis nach dessen Aussagen zu den Flankierenden als «Faux-pas-Minister» und sagt: «Mit seinem Vorgehen ist er auf Grund gelaufen.» Er habe sich «selbst schachmatt gesetzt» und «einen riesigen Schaden angerichtet». Cassis sei «ein Aus-

trickser», kritisiert Nordmann. «Zunächst wollte er die SP bei den Flankierenden austricksen, dann die SVP beim Grundsatz eines Rahmenabkommens. Nun ist er völlig blockiert.»

FDP-Präsidentin Petra Gössi bleibt in ihrem Konter nichts schuldig. Sie attackiert SP-Präsident Christian Levrat direkt. «Die Heftigkeit der Reaktionen von Gewerkschaften und SP erstaunt mich», sagt sie. «Ich frage mich, ob dahinter vielleicht persönliche Animositäten von Herrn Levrat gegen Herrn Cassis stecken und ob sie so taktieren, um langfristig den Boden für einen EU-Beitritt vorzubereiten.»

Im linken Lager vermutet man, der Angriff auf die Flankierenden sei in FDP-Kreisen gezielt vorbereitet worden. Dass das Umfeld der FDP-Bundesräte Cassis und Johann Schneider-Ammann aus prominenten FDP-Vertretern besteht wie EDA-Generalsekretär Markus Seiler (früher Chef des Nachrichtendienstes) und WBF-Generalsekretär Stefan Brupbacher (früher FDP-Generalsekretär) nährt solche Verschwörungstheorien. Genauso wie die Tatsache, dass Schneider-Ammann seinen Parteikollegen Cassis bei der 8-Tage-Regelung (siehe Box) in der «Nordwestschweiz» mit dem Spruch stützte, das lasse sich heute «in acht Sekunden» erledigen. «Man hat um die Gewerkschaften herum gespielt», sagt Daniel Lampart, Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB). «Wir wurden nie einbezogen in die Überlegungen des Departaments Cassis.» Und SP-National-

8

Die sogenannte 8-Tage-Regel ist ein Zankapfel in den Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU. Wenn Firmen aus der EU in der Schweiz einen Auftrag ausführen, müssen sie diesen mindestens acht Tage zuvor den Schweizer Behörden melden. Sie müssen dabei nachweisen, dass sie die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Schweiz erfüllen. Der EU und vor allem den Nachbarstaaten ist diese Frist zu lang. Bundesrat Ignazio Cassis hat auf Radio SRF vorgeschlagen, die Frist auf vier Tage zu verkürzen und gleichzeitig eine App zur Voranmeldung einzuführen.

rat und Unia-Geschäftsleitungsmitglied Corrado Pardini betont: «Der Spielraum bei den Flankierenden ist null.»

Wirtschaftsminister Schneider-Ammann spürt am meisten, wie seine Bedeutung in der Regierung wuchs, seit sie schlechend bürgerlicher wurde. Zu Beginn sah er sich mit Ueli Maurer (SVP) regelmässig in einer 2:5-Minderheit. Das änderte, als SVP-Mann Guy Parmelin BDP-Frau Eveline Widmer-Schlumpf ersetzte und sich die FDP mit Fraktionschef Ignazio Cassis in der Regierung neu positionierte.

Exemplarisch zeigte sich das beim Waffenexport. Die Regierung lockerte die Exporte in Bürgerkriegsländer mit 4:3 Stimmen. Ein Vorhaben, mit dem Schneider-Ammann jahrelang aufgelaufen war. Parteikollege Didier Burkhalter, stark humanitären Werten verpflichtet, hatte es als Aussenminister blockiert. Die SP-Bundesräte Alain Berset und Simonetta Sommaruga haben einen zunehmend schweren Stand. Sie müssen härter für Mehrheiten kämpfen als zuvor. Ausser bei einem so dringlichen Geschäft wie der Steuervorlage 17. Dann gelingt es Berset, die AHV im Bandenspiel mit SP-Präsident Levrat, der CVP und Bundesrat Ueli Maurer mit der Steuervorlage zu verknüpfen.

Dringlich ist auch das Dossier um das Rahmenabkommen und die Flankierenden geworden. Die Regierung führte am Mittwoch eine erste Diskussion und wird diese Woche entscheiden müssen, ob sie Anpassungen zulässt bei den Flankierenden. FDP-Präsidentin Petra Gössi

warnet die Bundesräte, vor allem die eigenen, schon mal vor. «Sollte es dem Bundesrat in den Sinn kommen, das Niveau des Lohnschutzes bei den Flankierenden aufzuweichen, hat er im Parlament mit Sicherheit keine Mehrheit mehr», sagt sie. «Auch wir würden uns nicht hinter einen solchen Entscheid stellen.»

Auch gegenüber der EU wird Gössi deutlich. «Sollte die EU mit dem Rahmenabkommen das Niveau des Lohnschutzes der Flankierenden schwächen wollen, macht ein Abschluss vorläufig keinen Sinn.» Das Niveau des Lohnschutzes sei «nicht verhandelbar», sagt sie. «Über eine Modernisierung der technischen Mittel» hingegen müsse man diskutieren können. Kein Thema seien aber neue flankierende Massnahmen.

Auch in der SP sind Parlamentarier zu finden, die denken, man könne über die technischen Mittel diskutieren. Wie Nationalrat Eric Nussbaumer. «Registrieren, melden, kontrollieren und sanktionieren: Das ist der Kern der Flankierenden und des Lohnschutzes», sagt er. «Den wollen wir unbedingt behalten und eigenständig handhaben. Die Umsetzung hingegen muss man diskutieren können.»

Bundesrat Cassis jedenfalls wisse sehr genau, dass er die Gewerkschaften im Boot brauche, sagt Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter (CVP), Präsidentin der ausserpolitischen Kommission. Und sie glaubt: «Die Schweiz könnte mit den Flankierenden das Modell sein für die EU, in der sich eine ähnliche Entwicklung abzeichnet.»